

# Warum ist das ärmste Land der Welt so arm?

*Reiche Staaten wollen das Elend im Süden bekämpfen. Was würde helfen? Ein Besuch in der Zentralafrikanischen Republik*

Von Mark Schieritz, DIE ZEIT, 16.03.2017

Der Präsident des ärmsten Landes der Welt lebt hinter einem großen schwarzen Tor, das von einer Handvoll Männern mit Maschinengewehren bewacht wird. Wer es passiert, steht vor einem Bürocontainer mit einer Satellitenschüssel auf dem Dach. Ein Hintereingang führt in ein holzgetäfeltes Arbeitszimmer mit schweren Vorhängen, die die Nachmittagshitze draußen halten sollen. Dort sitzt Faustin Archange Touadéra, der Präsident, in einem der überdimensionierten Ledersessel, und irgendwie sieht er darin etwas verloren aus.

Eigentlich ist Touadéra Mathematikprofessor. Vor ein paar Jahren ging er in die Politik, um seinem Land »zu dienen«, wie er sagt. Und ziemlich schnell wurde ihm klar, dass das komplizierter ist als die komplizierteste mathematische Gleichung. Denn Touadéras Land ist die Zentralafrikanische Republik.

Wenn man auf einer Karte des afrikanischen Kontinents eine Linie von Nord nach Süd und eine weitere von Ost nach West zieht, dann liegt es ziemlich genau dort, wo beide Geraden sich schneiden. Einmal im Jahr veröffentlichen die Vereinten Nationen eine Rangliste, die die Staaten der Welt nach ihrem Wohlstandsniveau sortiert. Die Zentralafrikanische Republik belegt den letzten Platz. Ganze 581 Dollar jährlich beträgt dort das Pro-Kopf-Einkommen – in Deutschland sind es 43 919 Dollar.

Warum ist das so?

# ReporterFORUM

[www.reporter-forum.de](http://www.reporter-forum.de)

Warum verfügt der Bürgermeister von Paderborn über ein höheres Budget als der Präsident eines Landes, das doppelt so groß ist wie die Bundesrepublik?

Warum rollen in Deutschland Jahr für Jahr fast sechs Millionen Autos vom Band, im Reich von Faustin Archange Touadéra aber kein einziges?

Warum werden die Deutschen im Schnitt 81 Jahre alt, die Menschen im Herzen Afrikas aber nur knapp 51 Jahre?

Warum also sind arme Länder arm – und reiche Länder reich?

Unzählige Ökonomen haben sich mit dieser Frage beschäftigt. Sie haben die Ursachen der Armut erforscht und sich überlegt, was den Armen helfen könnte. Doch in die Schaltzentralen der internationalen Politik sind sie mit ihren Ideen kaum vorgedrungen. An diesem Wochenende wird sich das ändern. Dann werden die Finanzminister und Notenbankchefs der größten Wirtschaftsnationen (G20) auf ihrem Gipfeltreffen in Baden-Baden darüber sprechen, wie sich die Armut in Afrika bekämpfen lässt.

Das ist keine Selbstverständlichkeit, denn mit Staaten verhält es sich ein wenig wie mit Menschen: Es gibt Clubs für Reiche und solche für Arme. Die G20 ist der Club der Reichen, und die haben sich bislang vor allem mit der Frage befasst, wie sie noch reicher werden. Doch seit sich in Afrika Hunderttausende in der Hoffnung auf ein besseres Leben auf den Weg machen, sind die Probleme von Präsident Touadéra auf einmal auch: die Probleme des Westens. So sieht das zumindest Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, der das Thema auf die Agenda gesetzt hat.

Doch wie so häufig in der Ökonomie gibt es nicht eine, sondern viele Theorien, die zu erklären versuchen, warum arme Länder arm sind. Einige Experten führen Armut auf die geografische Lage eines Landes zurück: Der Zugang zum offenen Meer sei eine wichtige Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung, weil er den Handel erleichtere. Das klingt einerseits logisch, andererseits ist die Schweiz recht weit vom Meer entfernt und trotzdem eines der reichsten Länder der Welt.

Andere halten das Klima für einen wichtigen Grund. Wegen der kühlen Witterung in Mitteleuropa mussten sich die Menschen demnach schon frühzeitig darum kümmern, nicht nass zu werden und zu frieren. Die Schwüle am Äquator lade

dagegen gewissermaßen zum Müßiggang ein. Doch das erklärt nicht, warum tropische Staaten wie Malaysia vergleichsweise reich werden konnten.

Und wieder andere Ökonomen argumentieren, dass die Armen arm sind, weil die Reichen reich sind: Der Norden schirme seine Märkte ab, weshalb die Länder des Südens ihre Produkte dort nicht verkaufen könnten. Dazu wiederum passt nicht, dass China genau das getan hat und damit Millionen von Chinesen den Weg aus der Armut geebnet hat.

Das sind die Theorien der Experten. Aber wie sieht es Faustin Archange Touadéra in Bangui, für den die Armut zum Regierungsalltag gehört wie für Angela Merkel die Rentendebatte?

»Herr Präsident, warum ist Ihr Land so arm?«

»Wir haben praktisch keine Regierung. Wir sind nicht in der Lage, die Bevölkerung zu beschützen. Wir müssen das alles wieder aufbauen.«

»Woran fehlt es Ihnen?«

»Vor allem die Infrastruktur macht uns Sorgen. Es gibt kaum Straßen und zu wenig Strom.«

Touadéra gilt als Hoffnungsträger in einem Land, dessen Geschichte wie die Geschichte so vieler afrikanischer Staaten bislang wenig Anlass zur Hoffnung bot. Nach dem letzten Putsch im Jahr 2013 verübten rivalisierende Milizen Massaker, bei denen Tausende getötet und Hunderttausende in die Flucht getrieben wurden. Touadéra ist der erste Präsident seit vielen Jahren, der durch eine einigermaßen faire Wahl an die Macht gekommen ist.

Es gibt andererseits kaum einen Politiker auf der Welt, der sich nicht über den Zustand der Straßen in seinem Land beklagen würde. Deshalb lohnt sich ein Besuch bei Jean-Christophe Carret, der viel weiß über Strom und Straßen und noch mehr über die Ursachen der Armut. Denn Carret ist Volkswirt, er arbeitet für die Weltbank. Die Weltbank ist vor einem halben Jahrhundert gegründet worden, um die Armut auf der Welt zu besiegen. Sie hat mehr als 10 000 Mitarbeiter in über 120 Ländern, Jean-Christophe Carrets Büro liegt ganz in der Nähe des Präsidentenpalasts.

»Herr Carret, warum sind die Leute hier arm?«

»Steigen Sie ein, ich zeige Ihnen etwas.«

Carret steuert seinen Geländewagen Richtung Norden, in Begleitung eines Trupps schwer bewaffneter Blauhelmsoldaten, weil immer noch Milizen die Gegend unsicher machen. Der Konvoi durchquert die quirligen Außenbezirke von Bangui mit ihren Märkten, auf denen Fahrradreifen, Benzin in Flaschen, Unterhosen und ein ausgebrannter Citroën angeboten werden. Danach sind nur noch vereinzelte Lehmhütten zu sehen, dafür säumen schier endlose Buschwälder die staubige Piste. Nach eineinhalb Stunden Fahrt wird das Gelände bergiger, das Tosen eines gewaltigen Wasserfalls ist zu hören.

Carret geht auf eine frisch renovierte Gewerbehalle zu. Im Inneren bringt das herabfallende Wasser fünf Turbinen zum Rotieren, die Generatoren in der Größe eines Kleinbusses antreiben. »Das ist hier die einzige öffentliche Energiequelle, eine Hochspannungsleitung transportiert den Strom nach Bangui, wir haben die Anlage saniert«, sagt Carret. »Ein Staudamm sorgt dafür, dass auch in der Trockenzeit genug Wasser da ist. Wir können von hier aus die Stadt mit Strom versorgen, aber es reicht nicht, um Fabriken am Laufen zu halten.«

Es gibt in der gesamten Zentralafrikanischen Republik genau ein Großunternehmen – eine Brauerei in einem Vorort von Bangui. Sie gehört dem französischen Getränkekonzern Castel, der dort ein malziges Bier braut und die Hälfte seines Energiebedarfs teuer mithilfe eines eigenen Generators erzeugen muss – ein weit verbreitetes Phänomen in Afrika. Nach einer Studie der Unternehmensberatung McKinsey produzieren die 49 südlich der Sahara gelegenen Staaten jährlich etwa 423 Terawattstunden elektrische Energie. Die USA verbrauchen etwas mehr als das Neunfache. Die schlechte Stromversorgung halte viele Unternehmen von Investitionen ab.

Wenn es mehr Strom gäbe, würden sich also mehr Firmen in Afrika ansiedeln – und das würde im Kampf gegen die Armut helfen. Denn Firmen spielen nach den Erkenntnissen von Entwicklungsforschern im Kampf gegen die Armut eine Schlüsselrolle. China war noch vor dreißig Jahren ein bitterarmes Land. Dann wurden

gewaltige Produktionsstätten errichtet, die Millionen von einfachen Menschen in Arbeit brachten. Diese Menschen konnten sich von ihrem Lohn eine bessere Schulausbildung für ihre Kinder leisten, die dann eine Anstellung als Ingenieur oder Facharbeiter erhielten. Heute ist China weltweit die zweitgrößte Volkswirtschaft.

Es ist allerdings in den vergangenen Jahren etwas aus der Mode gekommen, in Entwicklungsländern Staudämme und Kraftwerke zu bauen. Das hat damit zu tun, dass bei solchen Großprojekten oft wenig Rücksicht auf die Umwelt und die betroffenen Menschen genommen wurde. Statt Stromleitungen und Generatoren wurden Kleinbauern und Kreditgenossenschaften gefördert. Es gibt sogar Experten, die wie der Wirtschaftsnobelpreisträger Angus Deaton die Entwicklungshilfe radikal streichen wollen, weil die Zahlungen nur korrupte Regime am Leben erhielten und schlimmstenfalls sogar Schaden anrichteten. Wenn eine Regierung beispielsweise regelmäßig Geld für den Staatshaushalt aus dem Ausland bekomme, müsse sie sich nicht darum kümmern, dass die Menschen im eigenen Land genug verdienen, um Steuern zahlen zu können.

Auch Carret hat sich mit solchen Theorien beschäftigt. Aber seine größte Sorge ist, dass die Zentralafrikanische Republik in eine Spirale der Gewalt zurückfällt, wenn die Bevölkerung nicht das Gefühl habe, dass es ihr mit einem demokratisch gewählten Präsidenten auch finanziell besser gehe. Deshalb finanzierte er mit Weltbankgeld die Gehälter der Staatsbeamten, als die Regierung dazu nicht in der Lage war. Deshalb ließ er Straßen sanieren, um Arbeitsplätze für die Landbevölkerung zu schaffen. Und deshalb will er dafür sorgen, dass endlich auch die Turbinen, die schon seit Jahren auf einer Baustelle neben dem Wasserkraftwerk liegen, installiert werden. Und dass vielleicht sogar mithilfe chinesischer Investoren ein Solarkraftwerk gebaut wird, damit in Bangui Strom nicht mehr Mangelware ist.

Wenn all das gelänge: Wäre das Land dann wirklich nicht mehr arm?

Einige Kilometer außerhalb von Bangui befindet sich eine Kaserne, geschützt mit Mauern und Stacheldraht. Hier hat Masse Noudjoutar das Sagen, Kommandeur des dritten Infanteriebataillons der zentralafrikanischen Armee. Seine Soldaten stehen auf dem Exerzierplatz in Zweierreihen, es riecht nach Fisch, der über offenem Feuer gebraten wird. Merkwürdig ist nur, dass kaum jemand Waffen trägt.

»Kommandant Noudjoutar, warum ist das Land arm?«

»Sehen Sie sich doch um. Wir sind zu wenige. Wir haben kaum Ausrüstung«, sagt er. Noudjoutar baut mit Unterstützung belgischer und französischer Militärs die Armee des Landes auf. Sie bringen den Soldaten bei, wie man Kontrollpunkte bemannt, was im Kampf erlaubt ist und wie man mit Gefangenen umgeht. Das Problem dabei: Bislang ist die Armee gerade einmal ein paar Hundert Mann stark – und das ist nicht genug, um das Land zu befrieden.

Es gibt nicht nur zu wenig Soldaten, es gibt auch zu wenig Polizisten, zu wenig Lehrer und zu wenig Finanzbeamte. Es fehlt an unabhängigen Richtern, Ministerialbeamten, Steuerprüfern. Auf dem Papier ist die Zentralafrikanische Republik ein ordentlich gegliedertes Staatswesen mit 16 Präfekturen und 179 Kommunen. Doch die Praxis sieht anders aus. Etwa die Hälfte der Gemeindeverwaltungen muss mit einem Budget von weniger als einem Euro auskommen – im Jahr. Und so müssen sie zusehen, wie die im Osten des Landes abgebauten Diamanten über die Grenze geschmuggelt werden, wo sie die Taschen der Milizenführer füllen, statt der eigenen Bevölkerung zugutezukommen.

Selbst wenn Geld da ist, wird es häufig so eingesetzt, dass es dem Land eher schadet als nützt. Davon kann der einzige Großunternehmer des Landes erzählen, der Chef der Brauerei, ein umtriebiger Franzose, der schon seit mehr als 20 Jahren in Afrika arbeitet. Während Unruhen musste er einmal den Betrieb einstellen, weil der Diesel für den Betrieb der Generatoren geklaut wurde – und etwa 15 000 Bierflaschen. Das größte Problem aber seien die Behörden, sagt der Brauereichef. Vor ein paar Jahren habe er ein Dutzend Arbeiter entlassen müssen, weil die Geschäfte schlecht gelaufen seien. Die Kündigung sei vor Gericht bestätigt worden. Wenig später habe dasselbe Gericht sie für unrechtmäßig erklärt und ihn zu einer Strafzahlung verurteilt. Begründung: Das Gesetz habe sich eben geändert.

Früher hielten viele Entwicklungsexperten den Staat für überflüssig, für einen bürokratischen Apparat, der das Wirtschaftswachstum hemme. Heute weiß man, dass wirtschaftlich erfolgreiche Länder in der Regel über einen starken Staat verfügen, der sicherstellt, dass Privateigentum geschützt wird, dass die Gesellschaft nicht auseinanderdriftet, dass die Schulen und Universitäten funktionieren und dass die

# ReporterFORUM

[www.reporter-forum.de](http://www.reporter-forum.de)

Regeln von heute auch morgen noch gelten. Eine neue Fabrik rechnet sich häufig erst nach vielen Jahren. Ohne ein Mindestmaß an Rechtssicherheit geht kein Investor das Wagnis ein, eine zu errichten.

In den meisten afrikanischen Ländern ist der Staat nicht stark, sondern aufgebläht: Er macht sich dort breit, wo er nichts zu suchen hat, und fehlt, wo er gebraucht wird. Es ist extrem kompliziert, eine Firma anzumelden, Unternehmen kommen nur schwer an neue Kredite, und Vorschriften werden so ausgelegt, wie es gerade passt. In einer aktuellen Untersuchung der Weltbank zur Standortqualität in ihren Mitgliedstaaten belegt die Zentralafrikanische Republik unter 190 Ländern Rang 185. Auch die geschäftstüchtigsten Unternehmer können unter solchen Bedingungen nicht expandieren und Arbeitsplätze schaffen.

Dass es nach den schweren Unruhen der vergangenen Jahre nicht für einen vorderen Platz reicht, ist nicht verwunderlich, und doch fällt auf, dass unter den Geschäftsleuten und Entwicklungshelfern, Politikern und Militärs in Bangui keiner die Geografie für die Misere des Landes verantwortlich macht, sich kaum jemand über das Klima beklagt oder darüber, dass der Norden seine Märkte abschotten würde. Was im Land selbst geschieht, scheint ihnen wichtiger zu sein.

Das passt zu der These, die der Wirtschaftsforscher Daron Acemoğlu vom Massachusetts Institute of Technology in den USA aufgestellt hat. Acemoğlu glaubt, dass der Wohlstand eines Landes davon abhängt, wie dieses Land seine Angelegenheiten regelt. In den meisten armen Staaten habe eine kleine Elite die Macht über politische und ökonomische Ressourcen und nutze sie, um sich selbst zu bereichern. Weil sich Leistung nicht lohne, bleibe der Fortschritt aus. Reiche Länder dagegen seien reich, weil wirtschaftliche und politische Freiheitsrechte der Ausbeutung der Bevölkerung Grenzen setzten und staatliches Handeln sich stärker am Wohl der Allgemeinheit orientiere.

Das war vor langer Zeit womöglich auch in der Zentralafrikanischen Republik so. Die Menschen lebten in vergleichsweise stabilen Verhältnissen, bis vom 15. Jahrhundert an wie in vielen südlich der Sahara gelegenen Staaten zuerst Sklavenhändler aus Nordafrika und später die Europäer – in diesem Fall die Franzosen – das Land heimsuchten. Neuere Studien zeigen, dass durch diese Raubzüge die

existierenden gesellschaftlichen Strukturen zerstört wurden, sodass sich ausbeuterische Regime festsetzen konnten. Darunter leiden die Institutionen der betroffenen Länder bis heute.

Aber – und das ist die eigentliche Botschaft von Daron Acemoğlus Untersuchungen – Armut ist kein Schicksal. Wenn es zum Beispiel gelänge, im Norden von Bangui die zusätzlichen Turbinen zu installieren, wenn Masse Noudjoutar mehr Soldaten bekäme und wenn die Richter die Gesetze interpretierten, statt sie zu beugen, dann könnte die Zentralafrikanische Republik in der Wohlstandstabelle nach oben rücken. Deshalb geht es am Wochenende in Baden-Baden vor allem darum, wie sich die Rahmenbedingungen für private Investitionen in Afrika stärken lassen.

Einen Tag nachdem Präsident Faustin Archange Touadéra hinter seinem schwarzen Tor den Wiederaufbau seines Landes angekündigt hat, versammeln sich ein gutes Dutzend Männer und Frauen im französischen Kulturinstitut von Bangui. Dort findet eine Art Gründerbasar statt, und sie sind gekommen, um ihre Ideen zu präsentieren. Einer plant, aus alten Plastikflaschen eine Art Straßenbelag herzustellen, ein anderer hat einen Holzkühlschrank entwickelt, der angeblich wenig Energie verbraucht, ein Dritter will einen Energydrink aus den Blättern des Meerrettichbaums herstellen, der in den tropischen Regionen Afrikas an jeder Ecke wächst. »Mein Ziel ist die Massenproduktion. Ich möchte eine Fabrik bauen«, sagt er.

Genau darum geht es.